

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 5. Juni 2008

Datum: 3. Juni 2008

Nummer: 2008-146

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Mündliche Anfragen

für die Landratssitzung vom 5. Juni 2008

Vom 3. Juni 2008

1. Daniel Münger: Mehreinsätze für die Polizei während der Euro 08

Gemäss den Aussagen von Herrn Daniel Blumer; Polizeikommandat, kommt es während der Euro 08 zu massiven Mehreinsätzen. Die geleisteten Überstunden können nach der Euro 08 nicht ohne Abbau der Sicherheitsleistungen kompensiert werden.

Fragen:

1. Ist die Grössenordnung der zu leistenden Überstunden abschätzbar?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat die Kompensation zu regeln?
3. Ist bei einer allfälligen Kompensation die Sicherheit und die Präsenz der Polizei auch nach der Euro gewährleistet?

2. Georges Thüring Bericht zur Hochwasserkatastrophe 2007

Anlässlich der Landrats-Sitzung vom [6. September 2007](#) wurde meine Dringliche [Motion](#) "Schaffung eines kantonalen Krisen- und Katastrophenfonds" vom Landrat als Postulat an die Regierung überwiesen mit dem Auftrag an die Regierung, einen "Bericht über die Massnahmen im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe" zu unterbreiten. Auf Ersuchen von Regierungspräsidentin Sabine Pegoraro wurde auf eine Fristsetzung verzichtet. Seit der Katastrophe sind nun fast 10 Monate vergangen. Auch wenn von den Schäden praktisch nichts mehr zu sehen ist, herrscht in weiten Bevölkerungskreisen in Laufen Verunsicherung, wie sich allenfalls ein weiteres Unwetter auswirken könnte.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung nachstehender

Fragen:

1. Welche konkreten Massnahmen wurden seitens der kantonalen Behörden inzwischen getroffen, um eine Hochwasser-Katastrophe, wie sie sich am 9. August 2007 in Laufen ereignet hat, zu verhindern respektive substantiell einzudämmen?

2. Wann gedenkt der Regierungsrat, den an der Landrats-Sitzung vom 6. September 2007 versprochenen Bericht dem Landrat und der Öffentlichkeit vorzulegen?
3. Aus welchen Gründen liegt der Bericht bis dato noch nicht vor?
4. Besteht seitens der Regierung ein Konzept und ein verbindlicher Zeitplan, um Massnahmen zur Verhinderung respektive Eindämmung einer solchen Hochwasser-Katastrophe in Laufen und weiteren gefährdeten Gebieten zu treffen?

3. Madeleine Göschke: Einmischung von Regierungsmitgliedern in die Gemeindepolitik

Am letzten Wochenende fand die Wahl ins Gemeindepräsidium Oberwil statt. Die vier bürgerlichen Regierungsmitglieder haben sich vorher an einer mehrwöchigen Inseratekampagne zu Gunsten des SVP-Kandidaten beteiligt. Frau Pegoraro und die Herren Ballmer, Krähenbühl und Zwick haben dabei nicht etwa als Privatpersonen sondern ausdrücklich als "Regierungsrätin" und "Regierungsrat" firmiert.

Fragen:

1. Wie rechtfertigen die Regierungsrätin und die drei Regierungsräte diese beispiellose Einmischung von Regierungsmitgliedern in die Gemeindepolitik?
2. Wie beurteilen die vier erwähnten Regierungsmitglieder ihr Vorgehen vor dem Hintergrund der Gemeindeautonomie?
3. Sind sich die angesprochenen Regierungsmitglieder bewusst, dass ihre Einschaltung in diese Gemeindevahl vor Ort als Manipulationsversuch beurteilt wird?
4. Ist in Zukunft mit weiteren derartigen Einmischungen in die Gemeindepolitik zu rechnen?

4. Regula Meschberger: Situation des Personals der Heime auf Berg in Seltisberg

Nachdem die zuweisenden Behörden und verschiedene Fachleute grosse Besorgnis über die Situation in den Heimen auf Berg geäussert haben, griffen

auch die Medien den Konflikt zwischen der Trägerschaft der Heime auf Berg in Seltisberg (Katholischer Fürsorgeverein) und dem Kanton (BKSD, Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe) auf. Die BKSD stellte daraufhin klare Forderungen an den Vorstand der Trägerschaft: Trennung der operativen und der strategischen Leitungsebene, Einsetzung eines fachlich qualifizierten, unabhängigen Ausschusses, personelle Entflechtung von Vorstand und Heimausschuss.

Inzwischen haben die Mitarbeitenden der Heime auf Berg auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam gemacht. In einem Brief an RR Wüthrich beklagten sie sich über die fortwährende Beschwichtigungspolitik des Vorstandes und forderten unter anderem den Rückzug des Trägervereins aus der Aufsicht über die operative Heimführung und die Einsetzung einer unabhängigen Fachkommission. Die Mitarbeitenden wiesen darauf hin, dass viele von ihnen eine Kündigung in Erwägung ziehen, sollte diese unbefriedigende und belastende Führungssituation in den Heimen auf Berg anhalten.

Am 30. Mai 2008 informierte die Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe über die Einigung mit der Trägerschaft und gab die neue Zusammensetzung des Heimausschusses bekannt. Demnach wird eine Person vom Kanton vorgeschlagen und zusammen mit 4 weiteren, vom Vorstand gesuchten Personen, vom Vorstand gewählt. Nach den klaren Worten des Kantons bezüglich zukünftiger Trennung des Heimausschusses vom Vorstand ist diese "Lösung" nicht nachvollziehbar, was am 30. Mai auch im öffentlich bekundeten Unbehagen des zuständigen Fachstellenleiters zum Ausdruck kam. Aus diesen Gründen bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender

Fragen:

1. Wie begründet die BKSD das "Zurückkrebsen" gegenüber ihren ursprünglichen Forderungen nach Unabhängigkeit des Ausschusses?
2. Wie soll der sowohl vom Personal als auch von den zuweisenden Behörden und externen Fachleuten geforderte Rückzug des Trägervereins aus der operativen Führung der Heime auf Berg gewährleistet werden, wenn schon im ersten Heimausschuss zwei nachweislich vorstandsnahe, in die bisherigen Vorstände involvierte, Personen sitzen werden?
3. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass mit dieser Ausgangslage die unsichere Situation für die Mitarbeitenden der Heime auf Berg auf unbestimmte Zeit weiter bestehen bleibt?
4. Ist der Regierungsrat, resp. die BKSD bereit, im Interesse des betroffenen Personals auf die Zusammensetzung des Ausschusses mehr Einfluss zu nehmen, z. Bsp. mit der Forderung nach einer statutarisch gesicherten Mitsprachemöglichkeit des Personals bei der Besetzung des Ausschusses?
5. Wie soll darüber hinaus nach Meinung der Regierung der Einbezug und die Mitsprache der betroffenen Mitarbeitenden künftig gewährleistet werden?

5. Urs Hintermann: Definitive Lösung zur Übernahme der Sekundarschulhäuser durch den Kanton

Seit 2003 sollten die Sekundarschulhäuser beim Schulträger, dem Kanton, sein. Da sich diese Übernahme immer wieder verzögerte, beschloss der Landrat am 15.12.2005 eine [Übergangslösung](#). Diese sieht vor, dass spätestens ab 1.1.2009 die definitive Lösung in Kraft tritt - das ist in rund einem halben Jahr. Es stellen sich deshalb die folgenden

Fragen:

1. Wo stehen die Arbeiten an der definitiven Lösung?
2. Kann der Zeitplan eingehalten werden (definitive Lösung auf 1.1.2009)?
Falls nein:
3. Was sind diesmal die Gründe für die erneute Verschiebung und wie lautet der neue Termin?
4. Gemäss §112q, Abs. 2 wirkt der Kanton darauf hin, dass die §§ 112o und 112p (Rückerstattungen der Einwohnergemeinden für die Nutzung ehemaliger Realschulhäuser) auf den 31.12.2008 hin aufgehoben werden. Tut er das schon?

6. Thomas Bühler und Elisabeth Augstburger; Impulsprogramm 21:

Vor einigen Jahren wurde mit verschiedenen Pilotgemeinden das Projekt "Impuls 21" erfolgreich durchgeführt.

Fragen:

1. Werden diese Gemeinden weiterhin betreut?
2. In welchen Zeitabständen?

Landeskanzlei Basel-Landschaft